

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



198

gegründet 1861

Dienstag, 4. Mai 1982

Blatt 1257

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Begutachtungsverfahren der Bauordnungsnovelle
(rosa) abgeschlossen

1.100 Mütter in der Stadthalle

Wien fördert 1.000 zusätzliche Lehrplätze

EBS liefern Wärme für Heizbetriebe

Angebot des Bundes für Krankenanstaltenfonds

Lokal: Gartenbau-Museum öffnet wieder
(orange)

4. Mai 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1258

Gartenbau-Museum öffnet wieder

=++++

1 #Wien, 4.5. (RK-LOKAL) Die Entwicklung von Gartenkunst und Gartenkultur, alte Gartenwerkzeuge und auch biologisch-dynamische Methoden bei Pflanzenkulturen sind im österreichischen Gartenbau-Museum im Kurpark Laaer Berg zu sehen. Das Museum, das von 5. Mai bis 17. Oktober jeweils Montag bis Freitag von 10 bis 17 Uhr sowie jeden ersten Samstag im Monat von 12 bis 17 Uhr und jeden ersten Sonntag im Monat von 10 bis 17 Uhr geöffnet ist, zeigt außerdem jedes Jahr neue Sonderschauen. # (Schluß) hs/gg

NNNN

Begutachtungsverfahren der Bauordnungsnovelle abgeschlossen
=++++

2 #Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Das Begutachtungsverfahren der Novelle zur Wiener Bauordnung wurde auf Magistratsebene abgeschlossen und das Beschlußfassungsverfahren eingeleitet. Dies teilte Stadtrat Franz NEKULA der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mit. In der Novelle sind neue Bestimmungen für den Wärmeschutz und energiesparende Heizung sowie hinsichtlich des Bauens in Schutzzonen aufgenommen worden. #

Die mit der Vereinbarung gemäß Art. 15 a BVG über die Einsparung von Energie übernommenen Verpflichtungen erforderte die Novellierung der Wiener Bauordnung. Künftig werden strengere Anforderungen an die Wärmedämmung von Außenwänden, Decken, Wänden gegen unbeheizte Gebäudeteile und Feuermauern, für Fenster und Türen sowie für Fußböden beheizter Räume bei Neu-, Zu- und Umbauten gestellt. Mit weiteren Bestimmungen wird auch der erlaubte Wärmeverlust durch die Fensterfugen geregelt. Erstmals werden auch für die Planung und Errichtung von Zentralheizungsanlagen Regelungen aufgenommen, die eine energiesparende Beheizung der Gebäude sichern. Dabei geht es vor allem um die zulässigen Abgasverluste je nach der Art des Brennstoffes und der Nennheizleistung der Feuerungsanlagen, wobei jedoch Anlagen mit weniger als 26 kW von der Regelung ausgenommen bleiben.

Hinsichtlich des Bauens in Schutzzonen bringt die Novellierung des § 85 Abs. 5 und der anderen, mit dieser Frage zusammenhängenden Paragraphen flexiblere Bestimmungen. Außenfassaden und Dächer müssen so gestaltet werden, daß der Charakter der Schutzzone gewahrt bleibt. Mit dieser Bestimmung soll sichergestellt werden, daß einerseits die Ausnützung der Baugründe nach wirtschaftlichen und technischen Kriterien der Gegenwart möglich ist und andererseits das bei Wienern wie auch ausländischen Gästen geschätzte Stadtbild der Schutzzonen erhalten bleibt. (Schluß) en/gg

1.100 Mütter in der Stadthalle

=++++

3 Wien, 4.5. 6RK-KOMMUNAL) 1.144 dauerbefürsorgte Wiener Mütter, die über 60 Jahre alt sind, werden kommenden Freitag, den 7. Mai, um 15 Uhr von Bürgermeister Leopold GRATZ und Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER bei einer Muttertagsfeier in der Stadthalle begrüßt. Die Mütter werden mit Autobussen von den einzelnen Bezirken in die Stadthalle geführt, wo für sie ein buntes Programm geboten werden wird. Ernst TRACK wird als Conferencier durch dieses Programm führen, in dem unter anderen Birgit SARATA, Max BÖHM, Staatsopernsänger Paul WOLFRUM, Edith MOLIK, Kurt LIEDERER und Prof. Norbert PAWLICKI mit seinem Ensemble mitwirken werden. Außer einer Wiener Jause mit Kaffee, Schlagobers und Gugelhupf wird jede Mutter ein Erinnerungsgeschenk erhalten.

Die Muttertagsfeiern der Stadt Wien werden bereits seit dem Jahre 1954 abgehalten, wobei bis 1981 bereits über 30.000 Mütter daran teilgenommen haben. Bisher im Restaurant auf dem Kahlenberg durchgeführt, findet diese Ehrung heuer erstmals in der Stadthalle statt. (Schluß) z1/gg

NNNN

Wien fördert 1.000 zusätzliche Lehrplätze (1)

Utl.: 1.000 Schilling pro Monat und Lehrling

=++++

4 #Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Die Stadt Wien wird gemeinsam mit den Interessensvertretungen und dem Landesarbeitsamt Wien eine bis 1984 befristete Wiener Lehrplatzförderung starten: für jeden Lehrplatz, den Wiener Betriebe zusätzlich einrichten - Stichtag ist der 31. Jänner 1982 - sollen die Betriebe 1.000 Schilling pro Monat und Lehrling erhalten. Wie Bürgermeister Leopold GRATZ, Finanzstadtrat Hans MAYR und Handelskammerpräsident Ing. Karl DITTRICH Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters erklärten, wird die Zahl der so geförderten Lehrplätze mit tausend begrenzt. Die Aktion kostet 12 Millionen Schilling im Jahr.#

Die Kosten teilen sich die Stadt Wien mit 6 Millionen, die Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien mit 2,5 Millionen, die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien mit 1,5 Millionen und das Wiener Landesarbeitsamt mit 2 Millionen. Die Aktion wird vom Wiener Wirtschaftsförderungsfonds durchgeführt werden.

Bekanntlich werden in Wien noch bis 1984 geburtenstarke Jahrgänge ins Berufsleben eintreten. Der für heuer aktuelle Geburtenjahrgang 1967 wies 20.507 Kinder auf, der Geburtenjahrgang 1968 20.323 Kinder und der Geburtenjahrgang 1969 19.146 Kinder. Nach einer Faustregel gehen rund 50 Prozent eines Geburtenjahrganges in die Lehre. Heuer sind daher rund 10.000 Lehrstellensuchende zu erwarten. Die Situation wird noch dadurch erschwert, da 1981 rund 700 Mädchen und Burschen in Wien keine Lehrstelle fanden. Für diese jungen Menschen wurden "Überbrückungskurse" eingerichtet, die noch im Gange sind.

Da solche Überbrückungskurse das Problem nur zeitlich verschieben, will man mit der Wiener Lehrplatzförderung den Betrieben einen Anreiz geben, damit in den schwierigen Jahren bis 1984 womöglich alle Mädchen und Burschen in Wien eine Lehrstelle finden können. (Forts.) sei/gg

Wien fördert 1.000 zusätzliche Lehrplätze (2)

=++++

7 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Als ersten Erfolg des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds bezeichnete Bürgermeister GRATZ die beabsichtigte Wiener Lehrplatzförderung. Mit dieser Aktion sollen heuer möglichst viele Schulabgänger, so Gratz, einen Lehrberuf finden. Daneben werden zusätzliche Maßnahmen wie einjährige Sonderkurse zur Erlangung der Hauptschulreife ergriffen. Die Stadt Wien wird das Bundesministerium für Unterricht und Kunst ersuchen, zusätzliche Räume für mittlere und höhere Schulen, vor allem für berufsbildende Schulen, bereitzustellen. Derzeit müssen aus Platzmangel hunderte Aufnahmeansuchen für solche Schulen in Wien abgewiesen werden.

Der Wiener Handelskammerpräsident Ing. DITTRICH zeigte sich sehr zufrieden, daß es "endlich" zu dieser Vereinbarung gekommen ist. Derzeit stehen in Wien 28.000 Lehrlinge in Ausbildung. Davon sind 20 Prozent Nicht-Wiener. Die Aktion wird natürlich auch für Lehrlinge aus den Bundesländern gelten. Dittrich meinte, daß heuer rund 1.200 Mädchen und Burschen in Wien Schwierigkeiten haben könnten, einen Lehrplatz zu finden. Die Aktion wird wesentlich dazu beitragen, dieses Problem zu entschärfen.

Finanzstadtrat Mayr erinnerte daran, daß die Wiener Wirtschaft in wirtschaftlich guten Zeiten immer unter einem Facharbeitermangel litt. Man sollte die jetzige Situation nützen, um dann, wenn geburtenschwächere Jahrgänge ins Berufsleben eintreten, über genügend Fachkräfte zu verfügen. Mit der Lehrplatzförderung will man den jungen Menschen echte Arbeitsplätze anbieten und verhindern, daß durch Übergangskurse "Zeit verloren geht". (Schluß) sei/gg

NNNN

EBS liefern Wärme für die Heizbetriebe

=++++

5 #Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Noch zu Beginn der Heizperiode 1982/83 wird die überschußwärme der Entsorgungsbetriebe Simmering in das Fernheiznetz der Heizbetriebe Wien geleitet werden können. Die Grundlage dafür schafft ein Wärmelieferungsvertrag, den der Wiener Stadtsenat Dienstag auf Antrag von Finanzstadtrat Hans MAYR mit den Stimmen der SPÖ beschlossen hat. #

Nach einer längeren Diskussion mit den ÖVP-Stadträten deponierte Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK, daß der Grundgedanke der Verwertung von überschußwärme zwar goldrichtig sei. Die ÖVP ersuche jedoch um genauere kalkulatorische Unterlagen und behält sich eine spätere Zustimmung vor. Das Vertragswerk wird noch in den zuständigen Ausschüssen und im Wiener Gemeinderat (voraussichtlich am 4. Juni) beraten und beschlossen werden.

Finanzstadtrat Hans MAYR bezeichnete den Vertrag als Musterbeispiel für eine vernünftige Zusammenarbeit zur Energieverwertung. Die Heizbetriebe und damit ihre Kunden erhalten günstige Wärmeenergie. Die EBS hingegen, die derzeit die überschüssige Wärme über einen Kühlturm vernichten müssen, ersparen sich nicht nur Investitionen, sondern erzielen für die Wärmelieferung auch Einnahmen.

Die Herstellung eines Fernwärmeanschlusses war bereits bei der Planung der Anlage der EBS vorgesehen. Derzeit ist es den EBS nicht möglich, sämtliche Öfen in Dauerbetrieb zu halten, weil die Rückkühlkapazität im Hinblick auf einen Fernwärmeanschluß nicht geschaffen wurde. Durch die Herstellung eines solchen Anschlusses wird nun eine sinnvolle Verwendung der Wärmeenergie möglich. Dabei soll sichergestellt werden, daß bei der Verbrennung des Sonderabfalls keine zusätzliche Belastung der Wiener Luft erfolgt. (Schluß) pr/gg

NNNN

Angebot des Bundes für Krankenanstaltenfonds

=++++

6 #Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Der Bund hat den Ländern zusätzliche finanzielle Mittel für den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds in Aussicht gestellt. Aus der sozialen Krankenversicherung wären dies 200 Millionen und vom Bund 100 Millionen Schilling. Dies berichtete Finanzstadtrat Hans MAYR Dienstag im Wiener Stadtsenat. #

Bei einer Gesprächsrunde im Gesundheitsministerium Dienstag früh unter dem Vorsitz von Gesundheitsminister Dr. Kurt STEYRER unterbreitete der Bund ein Angebot an die Länder. Danach wäre die soziale Krankenversicherung unter bestimmten Voraussetzungen bereit, zusätzliche finanzielle Mittel in den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds einzubringen. Die Länder dürften jedoch keine zusätzlichen finanziellen Forderungen an den Fonds, den Bund oder an die soziale Krankenversicherung in einem noch zu vereinbarenden Zeitpunkt stellen. In der Zwischenzeit soll ein System der Krankenanstaltenfinanzierung auf der Grundlage von Normkosten erarbeitet werden. Von seiten der Bundesländer wurde überdies als Mindestforderung deponiert, daß die Umstände bei Errichtung des Fonds wiederhergestellt werden und jener Zustand der Belastung der Länder, wie er bei Beginn des Fonds bestand, aufrecht erhalten wird.

Die Landeshauptleutekonferenz, die am Donnerstag, dem 13. Mai, in Wien stattfindet, wird sich bereits mit diesem Angebot des Bundes zur Weiterführung der Krankenanstaltenfinanzierung beschäftigen.

(Schluß) pr/gg

NNNN